

**Bündnis Gesundheit**

# Faire Lastenverteilung gefordert

Das geplante GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz gefährdet eine verlässliche Patientenversorgung. Davor hat das Bündnis Gesundheit gewarnt, ein Zusammenschluss von mehr als 40 Verbänden und Organisationen des Gesundheitswesens, darunter die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung. Die Bindung der Ausgabenentwicklung an die Grundlohnsumme, also die Gesamtsumme der beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), werde dem realen Versorgungsbedarf nicht gerecht, erklärte das Bündnis. Maßstab müsse der medizinische Bedarf sein, der angesichts der demografischen Entwicklung deutlich steigen werde. Die Stabilisierung der GKV dürfe zudem nicht einseitig zulasten von Patientinnen und Patienten, Versicherten und Leistungserbringern erfolgen. Der Staat müsse seiner finanziellen Mitverantwortung gerecht werden und einen substantziellen Beitrag leisten. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, insbesondere die Finanzierung von Beiträgen für Bürgergeldempfänger, seien aus Steuermitteln zu tragen. Statt der zwölf Milliarden Euro jährlich, die dafür notwendig wären, will der Bund dem Gesetz-



„Solidarität erfordert eine ausgewogene Beteiligung aller“, heißt es in der Resolution des Bündnis Gesundheit zu den Sparplänen der Bundesregierung.

entwurf zufolge seinen Anteil an der Finanzierung jedoch nur schrittweise steigern, bis im Jahr 2031 zusätzlich zwei Milliarden Euro jährlich fließen. Zugleich soll aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung des Bundes der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds ab dem Jahr 2027 um zwei Milliarden Euro auf 12,5 Milliarden Euro reduziert werden. Am 29. April billigte das Kabinett den Entwurf des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes, das jetzt im parlamentarischen Verfahren beraten wird. HK

**Umfrage**

## Wie glaubwürdig sind Ärzte und Journalisten?

Das Rheinische Ärzteblatt stellte in seiner ersten Juni-Ausgabe 1976 die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vor. Passend zu den hitzigen öffentlichen Diskussionen um die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und nötige Reformen stellte

Allensbach die Berufsgruppen von Ärzten und Journalisten gegenüber. Die Aussage, dass Ärztinnen und Ärzte ein besonderes Ansehen in der Bevölkerung genießen, bejahten 81

Prozent der Befragten – die Spitzenposition unter den Professionen. Ein anderes Bild ergab sich beim Thema Abrechnungsbetrug: „Einmal angenommen, in der Zeitung steht ein Artikel darüber, daß viele Ärzte bei der Kran-

kenkasse mehr Leistungen abrechnen als sie in Wirklichkeit für die Patienten erbracht haben. Die Ärzte bestreiten das“. Die Befragten sollten sagen, wem sie eher glaubten, den Journalisten oder den Ärzten. „Die Antworten der Bundesbürger zeigen: Man glaubt den Journalisten mehr als den Ärzten – und unter den Journalisten den Fernsehjournalisten mehr als den Zeitungsjournalisten“. Der Zeitungsmeldung hätten vor 50 Jahren 38 Prozent der Bevölkerung eher geglaubt als dem Dementi der Ärzte (31 Prozent). 43 Prozent glaubten eher den Fernsehjournalisten als den Ärzten (25 Prozent). Das Verhältnis änderte sich mit Blick auf die Altersstruktur, die Geschlechterverteilung und ob die Menschen auf dem Land oder in der Stadt lebten. bre

**NRW**

## Psychiatrieplan veröffentlicht

Das NRW-Gesundheitsministerium hat den aktualisierten Landespsychiatrieplan veröffentlicht. Er dient als Grundlage für die weitere Gestaltung der Psychiatriepolitik der Landesregierung ([www.mags.nrw](http://www.mags.nrw)). Ein Schwerpunkt liege neben der gemeindenahen Versorgung in der Vernetzung der Hilfsstrukturen, erklärte das Ministerium. So sollten etwa gemeindepsychiatrische Verbände im Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten verankert werden, um die gemeinsame Planung, Sicherstellung und Qualitätssicherung der Hilfen vor Ort zu gewährleisten. Zudem wolle man den Zugang zu den Hilfesystemen verbessern und den Fokus stärker auf die Prävention von psychischen Erkrankungen richten. HK

**Krebsgesellschaft**

## Ärzte als Referenten gesucht

Die Krebsgesellschaft NRW sucht Ärztinnen und Ärzte, die als Referenten die Tumor-Präventionsarbeit unterstützen. Die Krebsgesellschaft bietet beispielsweise im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements Unternehmen an, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Möglichkeiten der Krebsprävention und Früherkennung zu informieren. Präsentationsmaterial, Beamer und Laptop stellt die Krebsgesellschaft zur Verfügung. Sie kümmert sich auch um die Organisation. Kontakt: [joana.diaz-amate@kgnrw.de](mailto:joana.diaz-amate@kgnrw.de); Telefon: 0211 15760 9973; [www.kgnrw.de](http://www.kgnrw.de)

*bre*

**RA** VOR 50 JAHREN